



Der Juso-Landesvorstand Berlin hat beschlossen:

#Weitermachen – Für eine Fortsetzung der rot-rot-grünen Koalition auf Landesebene

Die Berliner SPD ist bei der Abgeordnetenhauswahl erneut stärkste Kraft geworden. Es geht nun um die Frage, mit welchen Partner*innen wir in den nächsten fünf Jahren gemeinsam eine Politik gestalten können, die dafür sorgt, dass Berlin auch in den Jahren danach eine soziale, bezahlbare und bald klimaneutrale Metropole für alle bleibt.

Wir haben in Berlin in den letzten fünf Jahren bereits sehr viel progressive Politik umgesetzt: mit dem Mietendeckel haben wir ein Signal für Mieter*innen in ganz Deutschland gesetzt. Mit dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz und dem Umwandlungsverbot haben wir wirksame Instrumente gegen Spekulation geschaffen. Wir haben das Berliner Energienetz zurück in öffentliche Hand gebracht. Wir haben zehntausende Wohnungen rekommunalisiert. Und während der Corona-Krise hat sich bestätigt, wie goldrichtig es war unsere landeseigene Krankenhaus- und Gesundheitsinfrastruktur zu stärken. Im Bildungsbereich haben wir mit dem kostenfreien Schüler*innenticket, dem kostenfreien Mittagessen, ausgeweiteter Lernmittelfreiheit und der gebührenfreien Kita riesige Schritte unternommen, Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt herzustellen. Milliardeninvestitionen in die Berliner Wissenschaft haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Berliner Wirtschaft im Ländervergleich am stärksten gewachsen ist. Wir **haben den Landesmindestlohn auf 12,50€ erhöht und mit dem solidarischen Grundeinkommen als erstes Bundesland eine wirksame Alternative zum Hartz-IV-System geschaffen.**

All diese Erfolge, all diese sozialdemokratischen Meilensteine für unsere Stadt, waren nur möglich, weil in den letzten fünf Jahren ein rot-rot-grüner Senat unter SPD-Führung regiert hat. Deshalb gilt für die nächsten fünf Jahre: wenn wir das bereits Erreichte erhalten und auf die mühsam gelegten Grundsteine aufbauen und möglichst viel von unseren Inhalten auch in Zukunft umsetzen wollen, führt an einem fortschrittlichen Regierungsbündnis kein Weg vorbei. Auch eine Umsetzung des Volksentscheids im Auftrag der Bevölkerung ist nur mit einer R2G-Koalition möglich.

Wie es mit der CDU gelaufen wäre, konnten wir währenddessen die letzten acht Jahre genauestens auf der Bundesebene erleben: Blockade, Verwässerung, Formelkompromisse. Die lähmende Phase der Großen Koalition in Berlin bis 2016 ist uns in äußerst negativer Erinnerung geblieben.

Mit einer Berliner CDU, die sich für Friedrich Merz als CDU-Bundesvorsitzenden eingesetzt hat und wirtschaftspolitisch in den 1990er Jahren steckengeblieben ist, die jede wirksame Regulierung des Wohnungsmarktes verhindern will, die große Teile unserer öffentlichen Daseinsvorsorge lieber in privaten Händen sehen möchte, die den Mindestlohn ablehnt und Langzeitarbeitslose zum Müllsammeln zwingen möchte, ist eine soziale, moderne und klimaneutrale Zukunft unserer Stadt nicht zu gestalten.

Deshalb fordern wir eine Fortsetzung der aktuellen Regierungskoalition auf Landesebene zwischen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen auch für die kommende Legislaturperiode 2021 – 2026.

Eine Koalition mit der CDU auf Landesebene lehnen wir ab.

Darüber hinaus ist die Partei in den Koalitionsfindungsprozess einzubinden. Wir fordern daher, dass ein Landesparteitag nach den Sondierungen über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheidet.